

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressdienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 30. Mai 1949

Nachrichten

Freie Volksbefragung im Saargebiet erforderlich
Schreiben der KPD an den Aussenministerrat

KPD Saargebiet begrüsst Friedensbemühungen der
Volkskongressdelegierten
Politische Abtrennung verhindert Teilnahme am
3. Deutschen Volkskongress

Hessische Jugend kämpft mit für ein einheitliches Deutschland
Aufklärung über Sozialversicherungswesen erwünscht
"Gesamtdeutschland soll es sein..."
Löbliches und Kritisches von der Planarbeit

Hufkrebs bei Pferden heilbar
1 200 DM monatlich für Arbeiterstudenten
"Martin Hoop" braucht Rutschenbleche und Elektroden
Kreide wartet auf Abtransport
Papierkrieg um Bürsten und Pinsel
Thüringer Belegschaften erfüllen den Wirtschaftsplan

essestimmen

JEIA drosselt westdeutschen Export

Kommentare

Die Nationale Front eint Ost und West
Bevins Gegenvorschläge

Artikeldienst

20 Minuten in Theresienstadt (von Viktor Stern)

Stimmen des Auslandes

Das englische und amerikanische Volk gegen den Atlantikpakt

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949

Nachrichten
=====

Freie Volksbefragung im Saargebiet erforderlich
Schreiben der KPD an den Aussenministerrat

S a a r b r ü c k e n , 30.5. (E.B.)

"Besorgt um eine friedliche Lösung der uns berührenden Probleme und gestützt auf das in der Charta der Vereinten Nationen zugesicherte Selbstbestimmungsrecht der Völker...", auf keinen Fall über das Saargebiet eine endgültige Entscheidung ohne genau umschriebene freie Volksbefragung zu treffen", forderte die KPD Saargebiet in einem Schreiben an den Aussenministerrat in Paris.

In dem Schreiben wird das Bemühen der Aussenminister zur friedlichen Lösung strittiger Nachkriegsprobleme aufrichtig begrüsst und dem Wunsch Ausdruck verliehen, "die Friedenssehnsucht aller Völker zu erfüllen und einen gerechten Friedensvertrag mit Deutschland abzuschliessen, an dem das Saarvolk besonders interessiert ist, da die Lösung des Saarproblems ein untrennbarer Bestandteil dieses Friedensvertrages ist." Der gegenwärtige Zustand gestatte keine klaren wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dispositionen zum Wiederaufbau des zerstörten Gebietes und zur Sicherung einer Zukunft. Diese erwarte vielmehr eine Regelung, die ihrer Sprache, Kultur und wirtschaftlichen Bindungen mit dem deutschen Markt Rechnung trägt.

KPD Saargebiet begrüsst Friedensbemühungen der Volkskongress-
delegierten

Politische Abtrennung verhindert Teilnahme
am 3. Deutschen Volkskongress

S a a r b r ü c k e n , 30.5. (E.B.)

"Wir bedauern ausserordentlich die durch politische Abtrennung des Saargebietes von Deutschland verhinderte Teilnahme einer saarländischen Delegation am 3. Deutschen Volkskongress, wünschen diesem jedoch einen fruchtbaren Verlauf und allen Bemühungen im Dienste und Interesse des deutschen Volkes sowie der friedlichen Verständigung aller Völker besten Erfolg", schreibt das Sekretariat des KPD Landesvorstandes Saargebiet an die Teilnehmer des 3. Deutschen Volkskongresses in Berlin.

Mitbetroffen von den Folgen des letzten Krieges, wie alle Teile des besetzten Deutschlands, entspreche die Beendigung des friedlosen Zustands durch einen endgültigen Friedensvertrag einem der dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung. Deshalb begrüsse die KPD Saargebiet die auf die Tagesordnung des 3. Deutschen Volkskongresses gesetzten Beratungen über Deutschland und die Pariser Konferenz, die Wahl einer deutschen Delegation und die Bestätigung des vom Deutschen Volksrat gefassten Beschlusses über die Verfassung für die deutsche demokratische Republik.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 30. Mai 1949
- 2 -

Hessische Jugend kämpft mit für ein einheitliches Deutschland

Frankfurt/M., 30.5. (E.B.)

"Die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands, das seiner Jugend eine Zukunft verspricht, wird von uns mit allen Kräften unterstützt", versichern die Teilnehmer der 3. Landeskonferenz der FDJ Hessen den Delegierten des 3. Deutschen Volkskongresses in Berlin. Das Bonner Spalterwerk wird von der hessischen Jugend nie anerkannt. Diese aber sichert zu, die junge Generation in Westdeutschland über die jugendfeindliche Politik ewig-gestriger "Politiker" aufzuklären und die Jugend unter den Fahnen des Friedens zu sammeln.

Aufklärung über Sozialversicherungswesen erwünscht

Bad Reichenhall, 30.5. (E.B.)

"Die Entsendung einer Betriebsdelegation nach Braunschweig ist uns noch nicht möglich, obwohl wir mit der Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Einheit Deutschlands einverstanden sind. Wir freuen uns aber, dass Ihr die Initiative auf diesem Gebiet ergriffen und an uns gedacht habt", erwidert der Betriebsrat für die Angestellten der Ortskrankenkasse Bad Reichenhall ein Schreiben der BGL der Sozialversicherungskasse Flöha i/Sa.

In besonderem Masse - schreiben die Kollegen aus Bad Reichenhall - interessieren wir uns für den Aufbau der einheitlichen Sozialversicherung in der Ostzone, von dem bei uns sehr wenig bekanntgeworden ist, da unsere Lizenzpresse mit ihrer sprichwörtlichen Lügenhaftigkeit entweder gar nicht oder nur mit entsprechenden Verzerrungen berichtet. Wir bitten Euch daher, uns nähere Aufschlüsse über den derzeitigen Stand des Sozialversicherungswesens in der Ostzone, die Leistungen an die Versicherten, Beitragshöhe, Verschmelzungsprozess der Versicherungsträger usw. zu geben. Besonders ersuchen wir Euch um Mitteilung, wie die in Eurem Schreiben angegebene Senkung der Verwaltungskosten auf 8,29 DM gegenüber einstens 15,40 DM zu verstehen ist. Sind damit die Verwaltungskosten aller früheren Versicherungsträger zusammen gemeint oder nur die Verwaltungskosten der Pflichtkassen? Ferner können wir dankbar, wenn Ihr Aufschlüsse über die besoldungsrechtliche Seite Eurer Angestellten geben könntet.

"Gesamtdeutschland soll es sein..."

Ludwigshafen, 30.5. (E.B.)

"So wie Ihr sind auch wir der Ansicht: nicht Ost-, nicht West-, Gesamtdeutschland soll es sein", antwortet der Schüler Fritz Ruhm, von der Hochfeldschule Ludwigshafen seinem Schulkameraden der Zentralschule Wildenfels bei Zwickau. Dieser Brief aus dem Westen und zahlreiche weitere aus Heidelberg, Baden-Baden, Hamburg und Ludwigshafen lösten unter den Schulkindern in Wildenfels grosse Freude aus. Aus allen eilen spricht der tiefe Wunsch nach nationaler Einheit und Frieden mit allen Völkern.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten

30. Mai 1949

- 3 -

Löbliches und Kritisches von der Planarbeit

Hufkrebs bei Pferden heilbar

Z w i c k a u , 30.5. (E.B.)

Erfolgreiche Operationen bei Hufkrebskrankungen von Pferden führt Tierarzt Dr. Hilbert in Leubnitz bei Zwickau aus. In 5 - 10 Wochen sind die Tiere geheilt worden, während vorher jahrelange Heilversuche erfolglos blieben. Je nach Art und Umfang der Krebserkrankung dauern die Operationen 1 1/2 bis 3 Stunden. Die Krebsherde werden sorgfältig herausgeschnitten, das operierte Pferd erhält an dem Huf einen Gipsverband, der nach Erwachen aus der Narkose hart geworden ist.

1 200 DM monatlich für Arbeiterstudenten

D r e s d e n , 30.5. (E.B.)

Als erste verpflichtete sich die Belegschaft des volkseigenen Betriebes Zeiss-Ikon in Dresden, jeden Monat je Mann eine Überstunde zur finanziellen Unterstützung und Förderung des Arbeiterstudiums zu leisten. Das bedeutet bei rund 1 000 Arbeitern und Angestellten einen Zuschussbetrag von etwa 1 200 DM monatlich für das Arbeiterstudium.

"Martin Hoop" braucht Rutschenbleche und Elektroden

Z w i c k a u , 30.5. (E.B.)

Der neu in Betrieb genommene Martin-Hoop-Schacht 4 kann nicht auf altes Material zurückgreifen und dieses neu verwenden. So fehlen dort Rutschenbleche, Rundeisen 32 mm, Signaldraht und Bahnschienen für die Grube. Ausserdem besteht dringender Bedarf an Elektroden 3,25, 4 und 5 mm, getaucht und ummantelt. An Betriebe, die solches Material an die "Martin-Hoop"-Schächte abgeben können, ergeht die Bitte, dies umgehend zu tun.

Kreide wartet auf Abtransport

S t r a l s u n d , 30.5. (E.B.)

Erneut bestehen Transportschwierigkeiten, um von der Insel Rügen produzierte Kreide wegzuschaffen. Das Kreidewerk in Lanken musste bereits seine Erzeugung an Schleimkreide von 450 t auf 300 t reduzieren, weil die Trockenschuppen bis unter das Dach mit Kreide angefüllt sind. Abhilfe ist schnellstens erforderlich.

Pressedienst
(PD)

Nachrichten 30. Mai 1949
- 4 -

Papierkrieg um Bürsten und Pinsel

Magdeburg, 30.5. (E.B.)

Die Betriebsleitung von "Organa" Fahlberg-List, Magdeburg, stellte vor 3 Monaten bei den zuständigen Stellen in Halle einen Antrag auf Freigabe für dringend benötigte Pinsel und Bürsten. Nach einem vier-teljährigen Papierkrieg mit Behörden und Betrieben in Berlin und Dessau ist der Pinsel- und Bürstenbedarf heute noch ungedeckt. Dabei wäre es so einfach gewesen, die Firma Hensel in Magdeburg zu beauf-tragen aus ihrem Lagervorrat die Waren an "Organa", Magdeburg zu liefern.

Thüringer Belegschaften erfüllen den Wirtschaftsplan

Weimar, 30.5. (E.B.)

Ein Blick auf die Ergebnisse der thüringischen Industrie in den ersten Monaten des laufenden Jahres lässt im grossen und ganzen eine planmässige Entwicklung erkennen. Einzelne Spitzenbetriebe sind im fünften Monat des Volkswirtschaftsplanes bereits in die Produktion des zweiten Halbjahres eingetreten. Von den Schwerpunktbetrieben er-füllte die Marxhütte das erste Quartalsoll im Rohstahlsektor mit 104 % und im Roheisensektor mit 97 %. Die Braunkohlengruben verzeichnen in derselben Zeitspanne eine hundertprozentige Planerfüllung, die Bau-stoffindustrien von 104 % bei Zement, 115 bei Kalk, 124 bei Fenster-glas und 159 bei Gips. Die Kunstfaser- und Zellstoffindustrie meldet eine Sollerfüllung von 107 %, die Textilindustrie von 116,8 %, die Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie von 104,6 %. Damit wurde nicht nureine geregelte Belieferung der Kleiderkarten, sondern auch des punktfreien Marktes gewährleistet. Nicht erfüllt haben die Planzahlen die chemische und Elektroindustrie.

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n

JEIA drosselt westdeutschen Export

Die Frankfurter "Wirtschafts- und Finanz-Zeitung" vom 20.5. klagt über neue JEIA-Schikane, die - aus Konkurrenzneid verhängt - die westdeutsche Ausfuhr drosselt. Die Zeitung schreibt:

"Seit Monaten glaubt die deutsche Exportwirtschaft zu der Hoffnung berechtigt zu sein, dass die Phase der bürokratischen Hemmung und Gängelung des deutschen Exportes endgültig der Vergangenheit angehöre. Alle Ausserungen der Militärregierung und der JEIA waren geeignet, diese Hoffnung zu nähren. Um so schärfer fühlt sich die deutsche Exportwirtschaft nunmehr dadurch getroffen, dass trotz wiederholter Einsprüche der zuständigen deutschen Behörden und der Arbeitsgemeinschaft Aussenhandel der Wirtschaft durch die Zentralstelle der JEIA in Frankfurt am Main verfügt worden ist, dass der Name des Abnehmers der Ware in der Ausfuhrerklärung angegeben werden muss. Die Aussenhandelsbanken sind angewiesen worden, keine Ausfuhrerklärungen anzuerkennen, in denen der Abnehmer nicht bezeichnet ist. Diese Verfügung widerspricht unzweifelhaft den bisherigen Versicherungen der JEIA und der zuständigen Stellen der Besatzungsmächte, alles zu tun, um den Export der deutschen Industrie mehr und mehr von ihren Fesseln zu befreien und dadurch zu einer Steigerung der Exportfreudigkeit beizutragen. Es bedarf keiner Phantasie, sich auszumalen, dass die neue Bestimmung genau das Gegenteil zur Folge haben wird. Es handelt sich bei dieser Bestimmung nicht nur um eine Erschwerung des Exportes in formeller Hinsicht, sondern um eine drastische Wiedereinführung bereits abgeschaffter Kontrollmöglichkeiten. Die Massnahme erregt vor allem auch deshalb den Unwillen der deutschen Exportwirtschaft, weil das Geschäftsgeheimnis, das im Aussenhandel eine besondere Rolle spielt, damit aufs schwerste gefährdet wird."

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Die Nationale Front einigt Ost und West

Gewaltige und erhebende Willensbekundung des 3. Deutschen Volkskongresses

B e r l i n (PD)

Während die Außenminister der vier Großmächte in Paris über die deutschen Probleme verhandeln, ist in der deutschen Hauptstadt Berlin der dritte Deutsche Volkskongreß zusammengetreten. Männer, Frauen und Jugend aus Ost und West, Nord und Süd des in seiner politischen Einheit und seinem wirtschaftlichen Bestand bedrohten Vaterlandes haben sich, rund zweitausend an der Zahl, zusammengefunden, um in der Stunde der Not gemeinsam die Stimme gegen den inneren und äußeren Feind eines ungeteilten, friedlichen, demokratischen Deutschlands zu erheben. Dieses Deutschland hat sich zu einer gewaltigen Willensbekundung vereinigt auf dem dritten Deutschen Volkskongreß, allen Hindernissen zum Trotz, allen seinen Gegnern zu ernster Warnung. Es hat am Sonntag in Berlin ein glühendes Bekenntnis abgelegt, zusammenzustehen für seine nationalen Interessen, für seine unantastbare Einheit und für den Kampf um einen endlichen gerechten und dauernden Frieden, der ihm den Bestand seines politischen Lebens, die Erhaltung einer für friedliche Zwecke produzierenden Wirtschaft und die eigene kulturelle, fortschrittliche Entwicklung sichert. Diese Willensbekundung des dritten Deutschen Volkskongresses war so groß und stark, daß sie nirgends in der Welt und ganz besonders auch in Paris nicht überhört werden kann, sondern dort schwer in die Waagschale der Entscheidungen gelegt werden muß.

Wilhelm Pieck wies in einer wichtigen, vom Ernst der Stunde getragenen Begrüßungsrede an die Delegierten und Gäste des Kongresses auf die Bedeutung hin, die dieser Tagung, dem Forum des Volkes, in einem das Geschick der ganzen Nation entscheidenden Augenblick zufällt. Er erhob unter Stürmen der Zustimmung den Ruf nach nationaler Sammlung aller deutschen Patrioten um die Fahne der Nationalen Front, des Kampfes für die Ziele, die sich die Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden gesteckt hat. Das deutsche Volk hat auch im Westen und Süden begonnen, zu erkennen, um was es jetzt geht. Es rindet sich über Parteinteressen und Weltanschauungen hinweg zusammen in dem Willen, seine Einheit zu wahren, demokratischen Freiheiten, die ihm feierlich versprochen wurden, zu erringen und zu behalten und sein Land in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern als souveräner Staat aus Verfall und Not wirtschaftlich wieder aufzurichten.

Um diese Ziele eines zur Selbsterkenntnis und zum Vertrauen in die eigne Kraft wieder erwachenden Volkes rankten sich auch die bedeutsamen, aufrüttelnden und oft von begeistertem Beifall unterbrochenen Reden, die Otto Nuschke, Prof. Dr. Hermann Kastner und Prof. Vincent Müller vor dem Kongreß hielten.

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949
Kommentare - 2 -

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Reihen der Delegierten und Gäste, die Parkett und Ränge der Staatsoper bis auf den letzten Platz füllten, als Wilhelm Pieck in den frühen Nachmittagsstunden des Sonntags bekanntgab, daß Max Reimann, der als vierter Redner für die fünfhundert Delegierten des deutschen Westens sprechen sollte, durch deutsche Polizei im Auftrage der britischen Militärregierung in Paderborn in Westfalen verhaftet worden sei. In einer Einmütigkeit, die das Verabscheuungswürdige dieses Vorgehens der britischen Militärbehörde doppelt brandmarkt, stimmte der Kongreß auf Vorschlag von Wilhelm Pieck der Absendung eines Protesttelegramms an die britische Militärregierung gegen ihre Willkürhandlung zu. Wenn man etwa geglaubt hat, mit der Verhaftung Reimanns unserer Sache für Deutschlands Einheit und den Frieden, dem dritten Deutschen Volkskongreß und der nationalen Front einen Schlag zu versetzen, so ist das genaue Gegenteil erreicht worden. Das hob als Delegierter des Westens und als Sprecher aller seiner Abgesandten in wirkungsvoller und mitreissender Rede der Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtages, Ledwohn, hervor, der anstelle von Max Reimann sprach. Er zeichnete vor dem Kongreß ein Bild der wahren Lage in den Westzonen, wie sie durch das Gesetz 75 über die Vergewaltigung der Ruhr, durch das Besatzungsstatut und durch das Bonner Grundgesetz seit den Tagen der Londoner "Empfehlungen" durch die Mithilfe deutscher Politiker entstanden ist - eine Lage, die den deutschen Westen in völlige Abhängigkeit von den Monopolisten und Imperialisten der USA gebracht hat. "Wird die Generation, die nach uns kommt, es verstehen können", rief der Redner dem atemlos lauschenden Kongreß zu, "daß Deutsche dagewesen sind, die für dieses Besatzungsstatut und für eine Verlängerung der Besetzung Deutschlands eintraten?" Und er hellte die politischen Hintergründe auf, die zu dieser Ungeheuerlichkeit führten: blinder Haß gegen die Sowjetunion die die Mänkespiele der Kriegstreiber in den kapitalistischen Ländern. Er wies aber unter brausendem Beifall des ganzen Kongresses hin auf die wachsende Erkenntnis in allen schaffenden Kreisen des Westens. Arbeiter, Bauern, Techniker, Wissenschaftler, Unternehmer, Ärzte, Frauen, Jugend werden allmählich aber sicher von Abscheu und Verachtung erfüllt vor dem antinationalen Treiben verantwortungsloser Politiker, die sich Deutsche nennen, schließen sich zusammen zur Abwehr und verkünden dem Deutschen Volkskongreß, daß sie hinter ihm stehen und nicht dulden werden, daß der deutsche Westen zu einem Waffenarsenal und zu einem Menschenreservoir für einen neuen Weltbrand wird. Der Westen Deutschlands ist auf dem Wege, zu begreifen, daß friedliche Produktionsstätten in einem geeinten, demokratischen Deutschland die wahre Garantie für eine glückliche Zukunft und für die Sicherung des Friedens sind.

Von solchem Geiste erfüllt war auch die Aussprache, in die der Kongreß nach dieser Rede eintrat. Hinterließen bereits am Vormittage unter den Begrüßungen der Delegationen die Ausführungen des Oberbürgermeisters Friedrich Ebert über die verbrecherischen Anschläge friedensfeindlicher Elemente gegen den S-Bahn-Verkehr in Groß-Berlin einen tiefen Eindruck, so dokumentierte die Aussprache, in der Prof. Niekisch, Pfarrer Heynen-Köln, Adolf Hennecke, Prof. Agricola-Halle, Frau Höffner, der sozialdemokratische Journalist Gerst, Frankfurt a.M., Prof. Pascher-Halle, der Neubauer Weisshaupt, der Betriebsrat Radtke von der August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn, Pfarrer Kleinschmidt aus Schwerin,

PresseDienst
(PD)

30. Mai 1949
Kommentare - 3 -

Ministerpräsident Dr. Steinhoff, Werner Ilberg-Wolfenbüttel und Margot Feist von der FDJ kamen zu Worte, den Strom von Kraft und Willen, der von dieser Berliner Kundgebung und ihren Beschlüssen durch ganz Deutschland fließen und das Volk erfassen wird zu einem Kampf für seine Einheit, für einen gerechten und dauerhaften Frieden, dem unter allen Umständen am Ende der Erfolg gesichert ist. Wir blicken alle hoffend nach Paris. Schließlich aber werden nicht dort, sondern in unserem eignen Lande die deutschen Probleme der Gegenwart und der Zukunft gelöst. Der friedliche demokratische Wille und die Kraft unseres Strebens nach innerer Einheit sind die entscheidenden Faktoren in dem schweren Kampf, den wir heute um unsere Freiheit und unsere Zukunft führen. Wir werden ihn gewinnen, wenn sich ganz Deutschland in Einigkeit um den Deutschen Volkskongreß und seine Beschlüsse schart und in der nationalen Front zusammenschließt, zu der er alle guten, friedliebenden Deutschen ruft.

(H.A.L.P.)

Bevins Gegenvorschläge

(PD)

Nach einer Woche, während der nur vom sowjetischen Außenminister konkrete Vorschläge für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gemacht worden sind, kam Bevin mit Gegenvorschlägen heraus. Bezeichnend für die Konferenz-Taktik der imperialistischen Westmächte ist die Tatsache, daß sie als geschlossener Block mit ihren Gegenvorschlägen auftreten. Es zeigt sich auch bei dieser Gelegenheit, daß in Paris eigentlich nicht vier unabhängige Großmächte vertreten sind, sondern auf der einen Seite die Sowjetunion, auf der andern Seite der amerikanische Monopolkapitalismus, der England und Frankreich am Gängelbande führt. Der amerikanische Außenminister versucht also doch, in Paris eine Politik der Diktate durchzusetzen, vor der er gewarnt worden ist.

Diese Absicht spiegelt sich auch im Inhalt der amerikanischen Gegenvorschläge. Es ist zwar in ihnen viel von Einheit und Freiheit die Rede, will man sie aber auf einen Nenner bringen, so heißen sie: Besatzungsstatut, Bonner Grundgesetz, amerikanische Diktatur über ganz Deutschland durch Mehrheitsbeschlüsse der vorgeschlagenen Oberkommission der Alliierten, statt Einstimmigkeit des Kontrollrates. Amerika will diktieren, daß die Länder der Ostzone einer "Bundesregierung" beitreten, daß das für Westdeutschland ausgearbeitete Besatzungsstatut und Bonner Grundgesetz auf die Länder der Ostzone einfach ausgedehnt wird.

Das würde heißen, daß das amerikanische Monopolkapital seine Herrschaft, die es in den westlichen Besatzungszonen errichtet hat, auch auf die Ostzone ausdehnt, mit allen Segnungen des Marshall-Plans und der Einbeziehung auch der Ostzone in das Militärbündnis des Atlantikpaktes. Das würde ferner bedeuten, daß anstelle eines einheitlichen souveränen unabhängigen Deutschlands die Spottgeburt eines Deutschen Bundes unseligen Angedenkens treten würde, unter Beseitigung aller

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949
Kommentare - 4 -

staatlichen Souveränitätsrechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet nach innen und nach außen, so wie das für Westdeutschland im Besatzungsstatut und im Bonner Grundgesetz vorgesehen ist.

Acheson weiß genau, daß das deutsche Volk sich in seiner überwältigenden Mehrheit mit einer derartigen Lösung niemals abfinden würde. Stellt man diesem amerikanischen Vorschlag die Vorschläge Wyschinskijs gegenüber, so wird der Unterschied in der Behandlung der deutschen Frage klar: Wyschinskij machte konstruktive konkrete Vorschläge zu einer wirklichen Wiederherstellung der deutschen Einheit, er ging vom gegenwärtigen Stadium der Entwicklung in der Ostzone und in Westdeutschland aus, von den vorhandenen staatlichen Organen, der Deutschen Wirtschaftskommission in der Ostzone und dem Wirtschaftsrat der Westzonen. Er stellte keinerlei Bedingungen, als er die Bildung eines zentralen deutschen Staatsrates mit Regierungsbefugnissen als ersten Schritt zur deutschen Einheit anregte. Von amerikanischer Seite dagegen wird die Entwicklung in der Ostzone einfach ignoriert und diktatorisch gefordert, daß sich die Länder der Ostzone dem Diktat des amerikanischen Besatzungsstatuts und des Bonner Grundgesetzes beugen.

Wyschinskij hat gleich nach Verlesung der amerikanischen Vorschläge bemerkt, daß diese einseitig und deshalb für Viermächte-Besprechungen nicht sehr geeignet seien.

(G.Kr.)

Préssedienst
(PD)

30. Mai 1949

Artikeldienst
=====

20 Minuten in Theresienstadt
(von Viktor Stern)

"Wir sind, so sagte Genosse Gottwald in seinem Bericht auf dem 9. Parteitag der KPTsch, ein Land geworden, in dem es nicht nur keine Arbeitslosen, sondern auch keine Bettler gibt! Alle die Verleumdungen zusammen, die gegen die Volksdemokratie verbreitet werden, können die Bedeutung dieser stolzen Feststellung nicht aufwiegen. Sie wiegt umso schwerer, da sie schon vier Jahre nach den schweren Jahren der nationalen Unterdrückung und Ausplünderung durch die deutschen faschistischen Verbrecher ausgesprochen werden kann.

Ein erschütterndes Denkmal aus dieser schweren Zeit ist Theresienstadt. Auf unserem Wege aus Deutschland nach Prag kommen wir durch diesen Ort einstigen Grauens und können es uns nicht versagen, hier zu einem Rundgang durch das Lager anzuhalten. Die Zeit, die uns zur Verfügung steht, reicht zu einer vollen Besichtigung nicht aus, aber das, was wir zu sehen bekommen, genügt, um in uns als deutschen Gästen des tschechoslowakischen werktätigen Volkes das Gefühl tiefster Beschämung zu erwecken, uns zugleich aber auch verstehen zu lassen, wie hoch das internationale Denken zu schätzen ist, das nach all dem, was geschehen ist, zwischen dem deutschen Faschismus und der deutschen demokratischen Friedensbewegung zu entscheiden versteht.

Unbeschränkter Gebieter in Theresienstadt war der sudetendeutsche Bandit Jaeckel. Gleich beim Eingang in die alte Festung befindet sich die Zelle, in der er Zeit erhielt, über seine Verbrechen und über das Schicksal, das er den Sudetendeutschen und dem ganzen deutschen Volke zu bereiten mithalf, nachzudenken, bis er sein wohlverdientes schmachliches Ende fand. Es ist dieselbe Zelle, in der einst Prinzip, der Attentäter von Sarajevo gefangen gehalten worden war. Nicht weit davon befindet sich das 'Herrenhaus', in dem Jaeckel mit seinem Stabe untergebracht war, solange das Reich seines Gebieters noch als tausendjährig galt.

Wir sehen uns einige der zahlreichen Zellen an, in denen die Opfer Jaeckels etwas anders untergebracht waren als ihre Henker. Da ist eine Zelle, in der zur Zeit der Habsburger Monarchie nie mehr als 20 Gefangene gehalten wurden. Jaeckel zwängte in diese Zelle 200 Gefangene. Daneben befindet sich die 'Judenzone', eine Zelle, die im Notfalle für zwei bis drei Gefangene genügen konnte, in der aber gegen 68 bis 80 Unglückliche vegetieren mussten. In dieser Zelle liess man später Jaeckel zwei Monate verbringen. Ihn dort so 'leben' zu lassen, wie er es seinen Opfern zugemutet hatte, dazu allerdings entschloss man sich nicht einmal diesem Untier gegenüber. Auffallend ist die grosse Zahl der Dunkelkammern, die zeigt, wie wenig man mit der Anwendung dieses nationalsozialistischen 'Erziehungsmittels' sparte. - Das Furchtbarste ist die Folterkammer in einem benachbarten Hofe. Hier sieht man auf Steinfliesen und an den Wänden die Eisenringe, an die das Opfer gefesselt wurde, so dass man seinen Körper nach Belieben

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949
Artikeldienst - 2 -

'dehnen' konnte. Nicht selten wurde diese 'Dehnung' so gründlich durchgeführt, dass der gequälte Mensch buchstäblich zerrissen wurde. Auf einer Steinplatte in der Mitte befindet sich ein spitzer Stahlstift, darüber an der Decke ein grosser Eisenring. An dem Eisenring wurde das Opfer mit den Füßen nach oben befestigt und dann so fallen gelassen, dass der Kopf auf den Eisenstift fiel. Neben der Folterkammer befindet sich ein 'Belebensraum'. Hier wurden bewusstlose Opfer mit eiskaltem Wasser zur 'Besinnung' gebracht, um sie weiter martern und sich an ihrer Qual länger weiden zu können.

Gegenüber der Folterkammer befindet sich ein tiefer Wassergraben. Hier suchten sich die faschistischen Unmenschen das Schauspiel von Kämpfen der Opfer gegeneinander zu erzwingen, die damit endeten, dass die Opfer ins Wasser gestossen und ersäuft wurden.

Wir kommen durch das 'Todestor' auf den Hinrichtungsplatz. Noch steht der Galgen, der ständig seinen Dienst tun musste. Auf dem Platz daneben fanden Massenerschießungen statt. Oberhalb des Tors aber befindet sich ein Schwimmbassin, das Jaeckel von Gefangenen für seine beiden Töchter erbauen liess. Während unten die Todesopfer röchelten, konnten sie 'wohligh' ihre 'zarten' Leiber 'erfrischen'.

Jede Stelle hier erinnert in anderer Weise an die faschistische blutige Barbarei. Hier der 'Versammlungsplatz' für die zur Vernichtung Bestimmten. Dort die Massengräber der Opfer. Ein später angelegter Friedhof mit unübersehbaren zahllosen Kreuzen, auf dem ausgegrabene Überreste der Gemordeten bestattet wurden. Auch an einem 'Krematorium' fehlt es nicht. Wir konnten es nicht besichtigen, weil es etwas abseits angelegt war. Wir sahen aber einige der 'Urnen', in denen die Asche aufbewahrt wurde. Es waren Urnen aus Papier. Die Urnen sind noch mit der Asche gefüllt.

Wir haben genug des Grauenhaften gesehen. Niemals wird das tschechoslowakische Volk vergessen, was hier geschehen ist. Niemals darf es die Welt, niemals dürfen vor allem wir Deutsche es vergessen, in deren Namen diese schändlichen Verbrechen verübt wurden. Diese Erinnerung muss uns an unsere Pflicht der Wiedergutmachung und an die Aufgabe mahnen, niemals eine solche Barbarei mehr zuzulassen, den Frieden und die demokratische Entwicklung für immer zu sichern.

Wir kommen nach Prag. Wir haben das Glück, an der herrlichen Tagung teilzunehmen, auf der wir den Ausdruck der gewaltigen Kräfte erleben, die, eingereicht in eine weltumwälzende internationale Bewegung, auch hier eine neue, bessere, die sozialistische Ordnung erbauen.

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949

Stimmen des Auslandes
=====

Das englische und amerikanische Volk gegen den Atlantikpakt.

(PD)

In der reaktionären Presse werden immer öfter Stimmen laut, die die Frage stellen, was geschieht, wenn "die öffentliche Meinung der Länder sich nicht mehr mit der Möglichkeit eines Krieges abfinden und Frieden um jeden Preis fordern wird?" Mit dieser Frage beschäftigte sich die englische Zeitschrift "World Review". Die Bestürzung der englischen reaktionären Zeitschrift ist mehr als verständlich.

Es ist kennzeichnend, dass bei der Ratifizierung des Nordatlantik-Vertrages über 100 Abgeordnete der Labour-Party es vorgezogen haben, nicht auf der Sitzung zu erscheinen. Da sie nicht den Mut hatten, gegen den Vertrag zu stimmen, blieben sie der Abstimmung fern und wollten damit ihr Gesicht vor den Wählern wahren, die entschieden die Politik der Vorbereitung eines neuen Krieges ablehnen. Während Churchill der Labour-Regierung, die den Atlantikpakt unterzeichnete, Beifall spendete, begrüßten die einfachen Engländer auf den Massen-Meetings die Delegierten des Weltfriedenskongresses und nahmen Resolutionen über den Kampf für den Frieden an. Auch in anderen Ländern wird die Ratifizierung des Nordatlantik-Vertrages offensichtlich gegen den Willen der Völker durchgeführt.

Die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika wollten vor der Ratifizierung des Nordatlantik-Vertrages eine Befürwortung des Vertrages durch die breite Öffentlichkeit inszenieren. Die Organisatoren sind jedoch mit diesem Einfall in grosse Verlegenheit geraten. In den öffentlichen Sitzungen der Senatskommission für ausländische Angelegenheiten, in denen die Meinung von Vertretern der Regierung, des Militärs, der Handelskreise, der religiösen und gesellschaftlichen Organisationen zum Ausdruck kommen sollte, wurden ernste Beschuldigungen gegen die aggressive Politik der herrschenden Kreise der USA erhoben. Nach Meldungen aus Washington überlegen sich die Leiter der Senatskommission, wie sie sich der Geister, die sie heraufbeschworen haben, entledigen könnten. Die Haltung der breiten amerikanischen Öffentlichkeit zum Nordatlantikpakt ist, nach den Erörterungen in dieser Senatskommission zu urteilen, äusserst ablehnend. Im Laufe der letzten Tage traten in den Sitzungen der Kommission Vertreter einiger Dutzend politischer, gesellschaftlicher, gewerkschaftlicher und religiöser Massenorganisationen auf, die einige Millionen Menschen vereinigen. Sie verurteilen alle den Atlantikpakt als ein aggressives Militärbündnis, das den allgemeinen Frieden gefährdet und forderten von den USA eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Die Sprecher verurteilten die "unanständige Eile" der Führer der Senatskommission, mit der sie die Billigung des Paktes vor der Tagung des Ausserministerrats erzielen wollten.

Pressedienst
(PD)

30. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Mit jedem neuen Auftreten gegen den Atlantikpakt zeigte der Vorsitzende der Senatskommission Connally immer grössere Nervosität und versuchte die Erörterungen abubrechen. Das waren jedoch verspätete Versuche. Die amerikanische Öffentlichkeit hat so klar und deutlich ihren Unwillen gegen den Atlantikpakt zum Ausdruck gebracht, dass einige amerikanische Zeitungen andeuten, die Führer des Senats werden wohl darauf verzichten müssen, den Pakt in solcher Eile durch alle Stadien der Erörterung im Senat durchzuschleusen. Am 17. Mai berichtete der Korrespondent der Asso-Press-Agentur, Connally habe die Vermutung ausgesprochen, dass der Senat möglicherweise die Beschlussfassung über den Nordatlantikpakt aufschieben werde, um ... "Zeit zu lassen, damit sich das Volk an den Vertrag gewöhne".

Ein wertvolles Geständnis, aber vergebliche Hoffnung! Weder das amerikanische Volk noch andere Völker werden sich jemals an die Vorbereitung eines neuen Krieges "gewöhnen".

(Aus der "Iswestija" vom 22. Mai 1949) E-n